



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21531 - 33  
Fernschreiber 0886890

P/XIII/87 - 17. April 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Staatsgefährdende Sozialdemokratie ? Hemmungslose Ausfälle der CDU	49
2 - 3	Amerikanische Reformvorschläge für die Weltpolitik Von unserem Korrespondenten in USA	110
4 - 5	Erziehung entscheidet unser Schicksal Manifest der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrer- verbände	60
6 - 7	Lebensmittelvergiftungen in der Zone Verdorrene Importe aus den Ostblockländern	66

\* \* \* \* \*  
\* \* \* \* \*

Staatsgefährdende Sozialdemokratie ?

sp - Die deutsche Sozialdemokratie musste sich wiederholt dem Vorwurf gefallen lassen, sie habe in den letzten Jahren der Weimarer Republik nicht genügend Voraussicht, Aktivität und Kampfgeist entwickelt, um das Heraufkommen des Nationalsozialismus und damit die Tragödie des zweiten Weltkrieges zu verhindern. Dieser Vorwurf wird oft von Leuten erhoben, die selbst zu den Wegbereitern des Dritten Reiches zählten oder durch ihre Zustimmung zum berüchtigten Ermächtigungsgesetz vom März 1933 die Diktatur Hitlers erst ermöglichten. Oft sind es nur die gleichen Kräfte, die heute die deutsche Sozialdemokratie beschuldigen, sie treibe mit der Aktion gegen die atomare Bewaffnung der Bundesrepublik ein frevelhaftes Spiel mit dem Grundgesetz. Die Hamburger CDU nannte die Teilnahme an den gegen den Atomtod gerichteten Kundgebungen eine Untergrabung der Autorität der Bundesregierung. "Durch solche Massnahmen läuft die SPD Gefahr, zu einer staatsgefährdenden Partei zu werden", heisst es in einer Stellungnahme des Hamburger Landesverbandes der CDU. Diese ungeheuerliche Beschuldigung der SPD als eine staats- und verfassungsfeindliche Partei steht nicht für sich allein, sie bestimmt im wesentlichen sämtliche Auslassungen führender CDU-Sprecher in ihrer Kampagne gegen die von der SPD beabsichtigte Volksbefragung.

Nicht leichtfertig und nicht aus einer üblen Laune heraus - etwa weil sie zum dritten Mal im Bundestag auf den Oppositionsbänken sitzt - hat sich die deutsche Sozialdemokratie zu dieser Aktion entschlossen. Niemand kann doch bestreiten: früher ausgesprochene Warnungen der SPD sind von der Geschichte leider bestätigt worden. Ihr Kampf gegen den wilhelminischen Grössenwahn und ihr dramatisches Ringen mit den zerstörerischen Kräften des Nationalsozialismus sind heute glänzende Rechtfertigungen einer Haltung, die sich ausschliesslich an den Postulaten des Friedens und der Berücksichtigung des Lebensinteresses des deutschen Volkes orientierte. Ihr Widerstand gegen die von der Regierung forcierte Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen entspringt der gleichen Grundhaltung, nährt sich aus den gleichen Quellen. Bitter hat das deutsche Volk dafür bezahlen müssen, dass die deutsche Sozialdemokratie zweimal im Laufe dieses Jahrhunderts den antidemokratischen, absolutistischen, nationalistischen und restaurativen Kräften unterlegen ist.

Gefährdet der heutige Kampf der Sozialdemokratie - und er wird nicht allein von ihr geführt, hier befindet sie sich im Bündnis mit allen geistig beweglicheren Kräften unseres Volkes - die Grundlagen der Verfassung? Kein Sozialdemokrat und kein Gegner der atomaren Aufrüstung denkt "an eine Entmachtung des Parlaments". Woher die Angst der CDU vor einer Volksbefragung? Hat sie nicht mehr den Mut, vor 36 Millionen Wählern der Bundesrepublik ihre Atompolitik zu verantworten? Ihre von wilden Drohungen gespielte Kampagne gegen die Volksbefragung bringt das Grundgesetz eigentlich erst in Gefahr, denn es will das Recht der Opposition auf Initiative in Lebensfragen des Volkes aus der Welt schaffen. Wer dieses Recht bestreitet, muss früher oder später auch die Absicht haben, jede oppositionelle Äusserung als "staatsgefährdend" zu diffamieren.

## Amerikanische Reformverschlage für die Weltpolitik

Von unserem Korrespondenten in USA

In dem unübersichtlichen Dschungel der augenblicklichen Weltpolitik, in dem sich die Probleme und Debatten über Abrüstung und Rüstungskontrolle, Atomwaffen und Atomwaffen-Kontrolle, Atomtests und Gipfelkonferenzen, UNO-Abrustungsorgane und Diplomatenaktivitaten leidenschaftlich und hektisch überschneiden, zeichnet sich die Politik der Regierung der Vereinigten Staaten nicht gerade durch überwältigende Zielklarheit und ubersprudelnde und mitreissende Aktivität aus. Angesichts der überragenden Position, die Amerika nun einmal innerhalb der westlichen Welt hat, angesichts seiner unbestrittenen und unbestreitbaren Führungsposition im Lager der Demokratien ist es naheliegend, dass jedermann nach Washington blickt, um sich von dort Klarheit und Richtungsweisung zu holen, wie das ja auch jahrelang zufriedenstellend geschah; aber zur Zeit ist der Blick nach Washington enttäuschend, die an Washington gestellten Fragen bleiben unbeantwortet. Das ist richtig, und es ist zum mindesten verständlich, dass in Europa oder Asien sich diese Enttäuschung mit Washington in eine anti-amerikanische Erbitterung umsetzt.

### Unzählige Strömungen

Aber dabei unterläuft gar zu oft ein politischer Fehler: Apathie und Untätigkeit der amerikanischen Regierung bedeuten nicht ohne weiteres, dass Amerika vom Freund zum Feind der demokratischen Welt werden muss, oder dass Amerika die grosse Hürde ist, die der Menschheit den Weg zum Frieden und zur Sicherheit versperrt. Entscheidend und wichtig ist vielmehr, dass es in Amerika heute unzählige Strömungen gibt, die alle dafür sind, den Weg zum Frieden mit vermehrter Energie zu beschreiten, und dass viele der besten Ideen für diesen Weg aus Amerika kommen. Mit anderen Worten: eine lethargische Regierung, die nach dem Wortlaut der amerikanischen Verfassung spätestens im Januar 1961 das Feld zu räumen hat, und zwar unabhängig vom Ausfall der nächsten Präsidentenwahlen, - darf niemanden dazu verleiten, leichtfertig gleichsam den "Fall Amerika abzuschreiben". Die Tatsache etwa, dass Admiral Strauss, der Leiter der amerikanischen Atombehorde, und Professor Edward Teller, der wissenschaftliche Kronzeuge dieser Behörde, immer wieder Präsident Eisenhower davon überzeugt haben, dass weiterhin Experimente mit Atomwaffen notwendig seien, - diese Tatsache muss als einmalige Konstellation gesehen werden: Präsident Eisenhowers Nachfolger, wer er auch sein wird, dürfte seine Politik kaum mehr von den Programmwunschen eines technischen Fachmannes entscheiden lassen, sondern dürfte über diese technischen Erwägungen hinaus seine Beschlüsse von den Generalfaktoren der Politik und Diplomatie abhängig machen.

Gerade in dieser Frage der Fortsetzung oder Beendigung der "Tests" mit atomaren Waffen zeigt sich sehr deutlich, dass die amerikanische Regierung und die amerikanische Offentlichkeit zweierlei sind. Der Vorschlag, die Tests zu beenden, sofern die russische Gegenseite es ebenfalls tut, ging ja ursprünglich von einem Amerikaner aus: im Prasidentenwahlkampf 1956 plädierte Adlai Stevenson dafür, weshalb freilich die gegnerischen Republikaner in ihm fast so etwas wie einen Landesverräter sahen; Stevenson wies damals schon darauf hin, dass es in dieser Frage einer umständlichen internationalen Kontrolle gar nicht bedürfe, weil jeder heimliche Bruch eines solchen

Abkommens von dem Seismographen und Geigerzählern der anderen Seite sofort registriert werden würde.

Es gehört heute nicht mehr viel Prophetengabe dazu, ein Ende der Atomtests vorauszusehen, - auch der amerikanischen, sowie die bevorstehende und schon lange geplante Serie von Atomtests im Pazifik abgeschlossen sein wird: Eisenhower wie Dulles haben das durchhlicken lassen, und es sieht aus, als ob endlich ihr gesunder Menschenverstand über die protestierenden Einflüsterungen von Professor Teller siegen wird. Aber auch in anderen Fragen, die für unsere Zeit heute lebenswichtig sind haben amerikanische Stimmen - wenn auch ausserhalb der Regierung stehende Privatpersonen - neue Ideen geäussert, neue Formeln vorgeschlagen, neuen Geist in die müde Maschinerie der Diplomatie zu bringen gesucht.

George Kennan, der ideologische Vater der "Disengagement"-Theorie, ist schliesslich selber Amerikaner, wenn es auch aussieht, als ob er in Europa mehr Anhang und Zustimmung gefunden hat als in seinem Heimatland - aber das ist in der Weltgeschichte schon oft so gewesen. Und zählen wir weitere Beispiele auf: der bekannte und allgemein respektierte amerikanische Publizist Walter Lippmann hat soeben erst, von einer Europareise zurückgekehrt, vorgeschlagen, dass es für die Lösung des unglücklichen Algerienkonfliktes nur ein einziges sinnvolles, wenn auch kompliziertes und unbefriedigendes, Mittel gäbe, nämlich die Teilung Algeriens in einen französischen Küstenstreifen und ein arabisches Hinterland, und er hat ferner, ebenfalls unter offen zugestandenem Bedenken, vorgeschlagen, dass die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands nur dadurch aus ihrer Sackgasse herausgeführt werden kann, dass Bonn und Pankow, wie die Kommunisten es sagen, miteinander in ein "direktes Gespräch" kommen, und dass man in Westen die Abneigung gegen ein solches Verfahren aufgeben sollte ...

#### Die Auflockerung

Solche und andere Ideen und Anregungen mögen gut oder schlecht, praktisch oder unbrauchbar, phantastisch oder realistisch sein: das ist nicht in erster Linie entscheidend. Wichtig ist, dass eine Auflockerung entsteht, dass Auswege aus der Sackgasse geboten werden, dass Ankurbelungen von aussen die amtliche Apathie überwinden helfen, dass die eingeschlafene öffentliche Diskussion wieder in Gang kommt. Gewiss: es gibt in Amerika keinen spontanen Ausbruch der Volksstimmung gegen Atombewaffnung in dem Umfange, wie es zur Zeit etwa in England und Deutschland der Fall ist; in Amerika beschäftigt man sich primär mit den Tests und ihrer Verseuchung der Luft mit Radioaktivität und giftigen Strontium-90, - also das Interesse konzentriert sich nicht so sehr auf die Atombombe im Krieg als auf die Atombombe in Friedenszeiten. Aber die Amerikaner sind den Europäern in dieser Hinsicht voraus: sie gingen durch diese Periode der Erregung vor dreizehn Jahren hindurch, im Anschluss an die Anwendung der Bombe in Hiroshima und Nagasaki, und das Resultat der damaligen amerikanischen Erregung war der sog. "Baruch-Plan" einer internationalen Atomabrüstung und Atomkontrolle, den Präsident Truman offiziell vorlegte und den die Sowjetunion offiziell ablehnte... Seither hat sich Amerika widerstrebend mit der Produktion von Atombomben für den Verteidigungsfall abgefunden: nur die unaufhörlichen Experimente mit diesen Bomben reizen zum Widerspruch. Fraglos marschieren Amerika und Europa zur Zeit in dieser Frage nicht im gleichen Schritt. Aber die Differenzen sind weniger tiefgehend, als es gemeinhin aussieht; man darf ja auch nicht vergessen, dass es ja die Moskauer Politik ist, absichtlich diese Differenzen zu vergrößern. Amerikas Bevölkerung ist genau so wenig gewillt, bei der nächsten internationalen Krise der Atontod zu sterben, wie die Bevölkerung anderer Länder und Kontinente: im Dickicht der Rüstungs- und Abrüstungserörterungen und im labyrinthischen Gewirr der Diplomatie sollte man diese elementare Tatsache nicht vergessen. + + +

Erziehung entscheidet unser Schicksal!

sp- "Das Erziehungs- und Bildungssystem hat mit der stürzischen Entwicklung nicht Schritt gehalten. Wir leben in einer höchst mobilen Massengesellschaft, der Aufbau unseres Schulwesens aber ist starr und unelastisch. Wir leben in einer demokratischen Gesellschaft, unser Schulsystem gewährt aber nicht jedem die gleiche Bildungschance. Wir leben in einer Zeit, die an alle höchste Anforderungen stellt; entlassen aber neunzig Prozent der Jugendlichen aus der Schule, bevor sie lebens-, berufs- und betriebsreif sind."

Das sind einige Kernsätze des bedeutsamen Manifests, das die "Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände" jetzt in Vorbereitung ihres Kongresses zu Pfingsten in München veröffentlicht hat. Das Manifest ist ein Dokument, in dem gezeigt wird, wie wenig unser Bildungswesen mit der Entwicklung von Wissenschaft und Technik Schritt gehalten hat. Es enthält so aufrüttelnde Sätze wie:

"Der Mensch hat seine Grösse im technischen Können erwiesen, er besitzt noch nicht die Grösse, die entfesselte Gewalten geistig und ethisch zu meistern; auch nicht die Reife, sich selbst und sein Heil im Räderwerk der Zivilisationsapparatur zu bewahren." - Oder: "Wir leben in einer Zeit des Wirtschaftswunders, die Schule aber ist noch immer der unbedachte Kriegsfolgengeschädigte Nr. 1; wir haben noch nicht einmal die Schulraumnot und den Schichtunterricht überwunden. Wir leben in einer Zeit grosszügiger wirtschaftlicher und militärischer Planungen, haben aber keinen Gesamtplan für den Ausbau des Schul- und Bildungswesens, für die Begabtenförderung, für die Nachwuchslenkung, für die Förderung von Wissenschaft und Forschung."

Es wird die Frage aufgeworfen, ob der Mensch den Gefahren gewachsen ist, vor die er durch die Entwicklung der Technik gestellt wurde. Besitzt der Mensch die Kraft, sich als Person, als humanes Geschöpf in einer inhumanen Welt zu behaupten? Ist seine religiöse Bindung innig genug, um sich vor Gott sittlich zu bewähren, ist er tolerant und vorurteilslos genug, um in den Angehörigen aller Völker, Rassen und Religionen seiner Nächsten zu erblicken? Ist sein Empfinden für Wert und Würde des Menschen, für Freiheit und Recht tief genug, um sich der Unterdrückung und Ausbeutung, dem geistigen

wie materiellen Totalitarismus jeder Art zu widersetzen?

Vor diese Fragen werden wir in dem Manifest der "Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände" gestellt, aber wir können wohl kaum mit gutem Gewissen ein klares Ja über die Lippen bringen. Das Manifest sagt es auch offen:

"Das Werk der Erporbildung der inneren Kräfte der Menschennatur blieb hinter dem Werk der Entfaltung der materiellen Gewalten zurück."

Scharf wird unser Schulsystem vor vorgestern gebrandmarkt: "Wir leben in einer Zeit, in der wirtschaftliche und politische Fragen Elemente des Lebens sind, huldigen aber immer noch einem apolitischen, gesellschafts- und wirtschaftsblindem Bildungsideal."

Jeder Satz dieses Dokumentes soll bewusst ein vor unsere Gesellschaft gehaltener Spiegel sein. Er ist ein Zeitdokument, an dem niemand vorübergehen kann und darf, der denkt, der das Menschsein im wahrsten Sinne des Wortes begriffen haben will.

Es wäre zu wünschen, dass dieses Manifest der "Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände" nicht ungehört in der Öffentlichkeit verhallt. Deshalb sollten wir die Mahnung hören, die ein Appell an uns alle ist:

"Wollen wir uns in dem gewaltigen welthistorischen Wandlungsprozess behaupten, dann genügt es nicht, das Bestehende zu wahren und zu verwalten. Gebieterisch fördert die Stunde: Erkennt den Ernst der Verantwortung! Seid bereit, das Opfer zu bringen, wie es die Grösse der Aufgabe erfordert! Erziehung entscheidet unser Schicksal! Findet den Mut zur Tat!"

+ + +

### Lebensmittelvergiftungen in der Zone

-----

K.J. Niemand soll sagen, die "DDR" kümmere sich nicht um die Gesundheit ihrer Bürger! Die Gesundheit hat sogar in Ostberlin ein eigenes Ministerium, das dem ehemaligen Ritterkreuzträger und Ost-CDU-Hauptvorstandsmitglied Luitpold Steidle untersteht. Bei der Aufstellung der zonalen Wirtschaftspläne wird auch die Gesundheit mit "verplant", und die Betriebe haben einen bis ins letzte hinein ausgetüftelten Krankenstand zu berücksichtigen - ein "Krankensoll", das im Gegensatz zu allen anderen Solls natürlich weder vorfristig noch übererfüllt werden soll. Trotzdem: der Krankenstand in den Zonenbetrieben ist jedes Jahr überzogen. Pankow hat seine liebe Not, ihn mit den dem Regime gemässen Mitteln der Krankenbeschäftigung zu drücken.

Immer wieder kommen zu den "Beratungsärzten" - so heissen drüben die Vertrauensärzte der dem FEGB unterstehenden Sozialversicherung - Leute, die geharnischte Klage über Lebensmittelvergiftungen führen. Nitrit? Nein, Skandale dieser Art gibt es in der Zone nicht. Mangels Masse an Fleischwaren spielt das Schönen keine Rolle, und wer nichts kaufen will, lässt's eben sein. Die Vergiftungen rühren einfach von verdorbenen Nahrungsmitteln her. Importe aus den Ostblockländern sind es, die zuweilen lokal begrenzte Epidemien hervorzurufen.

Auf dem zonalen Lebensmittelmarkt finden wir heute ein beträchtliches Angebot aus den Ostblockländern: Schmalz und Butter kommen aus der Sowjetunion, Fischkonserven aus Nordkorea, Gefrierfleisch, Gefriereier, Eipulver aus China. Gerade diese genannten Waren sind oft hoffnungslos verdorben, wenn sie über die Grenze rollen. Es ist keine Seltenheit, dass über die Hälfte mancher Lieferung von sowjetischem Schmalz einfach vernichtet werden muss, weil es auch die kummergeohnteste Zunge nicht mehr abnimmt. Mit der eingeführten Sowjetbutter ist es nicht mehr ganz so schlimm wie früher, aber noch schlimm genug. Kaum ein Buttertransport, aus dem nicht erhebliche Mengen einer Zitronensäure-Wäsche unterzogen werden müssen, um einigermaßen geniessbar zu werden. Trotzdem kostet auch die ranzige Butter in der HO ihre zehn Mark pro Pfund.

Pankow ist in der letzten Zeit etwas kritischer in der Abnahme der Importe geworden. Die "Deutsche Warenabnahme-Gesellschaft" prüft schon an der Grenze die Qualität der importierten Lebensmittel und

schickt Proben an die eigens dazu beim Gesundheitsministerium eingerichtete Untersuchungsstelle. Die Importe gehen zwar unbeschadet ihres Zustands sofort weiter in die Lagerhäuser - freigegeben werden sie jedoch erst, wenn ein entsprechendes Qualitätsgutachten aus Ostberlin vorliegt. Formal wenigstens ist das so. Aber was tun, wenn ein regionaler "Engpass" in der Lebensmittelversorgung in Cottbus oder Leipzig oder Rostock den Verantwortlichen auf den Nägeln brennt? Dann kommen die nicht freigegebenen Importe eben doch auf den Markt. Und mit ihnen die Erkrankungen ...

Es ist in den letzten Monaten mehrfach vorgekommen, dass bei den Ostblock-Lieferanten die Ware beanstandet wurde. Aber die Proteste finden selten offene Ohren. So erklärte beispielsweise erst kürzlich Moskau auf eine Intervention aus Pankow: Nicht unsere Ware war verdorben - die entnommenen Proben sind zu lange unterwegs gewesen; die Untersuchungsstelle beim Gesundheitsministerium in Ostberlin hat nicht schnell genug gearbeitet. Die zonalen Außenhandelsstellen, ohnehin zum Masshalten in der Kritik an Sowjetwaren verpflichtet, mussten vor der nonchalanten Gegenoffensive kapitulieren. Angeklagt, sicher zu Unrecht, sind jetzt die ostberliner Lebensmittelprüfer. Der schwarze Peter ist bei ihnen gelandet - wenn auch nicht moralisch, so doch auf dem Papier.

Dass die um Rechtfertigung nicht verlegenen Exporteure jedoch im Unrecht sind, beweisen die nicht abbreissenden Erkrankungen in der Zone an verdorbenen Import-Lebensmitteln. Und das zumal dort, wo die Importwaren vor Eintreffen des gesundheitsamtlichen Gutachtens aus "Engpass"-Gründen innerhalb kürzester Frist auf den Markt kommen. Natürlich rühren viele Lebensmittelvergiftungen auch aus zu lange in den HO-Läden lagernden Import-Konserven her. Aber das ist eine andere Frage, die nur am Rande mitepielt.

Lebensmittelmangel und politische Rücksichten drücken so gleichermaßen auf die Volksgesundheit in der Zone.

+ + +

- 7 -

-----  
Verantwortlich: Günter Markecheffel